

193 ab Bahn.  
-197, Oktober  
2034-2034,  
Bahn, Ok-  
April 1873  
inländischer  
ad Kahn, Ok-  
runder 147  
Roggenmehl

# Vorläufige Berliner Zeitung



**Rechtlich privilegierte Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.**

Die Vorläufige Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen ein mal. Beilagen und Seiten-Beilagen: Grundstücke, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montag früh), Literarische Umschau, Für seine in der Woche erscheinende Beilage, Wissenschaftliche Beilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärtig für allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 225), für Groß Berlin bei allen Zeitungs-Vertriebsstellen sowie in der Haupt-Expedition und in den Filialen.  
Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8683, 8686, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Im Verlage Vossischer Erben. Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Dr. W. Schömann in Berlin.

## Die Einberufung des preussischen Landtags.

Von Dr. Beckh, Mitglied des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses.

Das preussische Staatsministerium scheint entschlossen, den Landtag erst im Januar einzuberufen. Damit wäre der Reim zu parlamentarischer Schmierereien aller Art gelegt. Der Hausparlament läßt sich in der kurzen Frist von Mitte Januar bis Ende März, die früher ausgereicht hat, jetzt nicht mehr erheben, zumal dann nicht, wenn zwischenzeitlich noch Zeit für andere Gegenstände gewonnen werden muß. Die Reichstagsarbeiten haben sich geändert. Eine neue Partei ist ins Haus eingetreten, die ein festes Agitationsbedürfnis mitbringt; sie zählt jetzt zehn Mitglieder. Die anderen Parteien sehen sich genötigt, auf die von dieser Seite zu erwartenden Angriffe und Angriffe einzugehen. Aber sie haben auch selbst eine Fülle von Reformvorhaben, die verhandelt sein wollen. Die Urkraft der Gegenwart macht vor dem Parlament nicht halt. Im Gegenteil, gerade dort schlägt der Strom der Zeitgeschichte seine stärksten Wellen. Alles drängt zu der Stelle, wo man die Gesetze macht und den Geist der Verwaltung befestigt. Im Gegensatz der Volkstretung soll zum Ausdruck und zum Ausdruck kommen, was in der Gesellschaft gärt. Vieles ist das, was sich nicht nur in der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auch in der Verwaltung und Verwaltung.

Letzte an und für sich schon reichlich Zeit. Allein das Kommunalabgabengesetz berührt so viele und so unstrittige Gegenstände, daß es nicht fernerhin erledigt werden kann. Dazu treten das Fischereigesetz, Reformen für die Landesverwaltung und andere. Und wenn die Regierung von anderen Reformen zurücktritt, so ist damit noch kein Wegweg gemacht, daß diese nicht doch zur Verhandlung gelangen. Einer Wahlreform weicht Herr v. Bethmann Hollweg für diesmal aus. Ist es ausgeschlossen, daß die Parteien der Linken und des Zentrums von sich aus eine Lösung dieser Lebensfrage suchen, in Plenar- und Kommissionsdebatten darüber eintreten? Die Linke ist jedenfalls dazu bereit. Auf das Zentrum kommt es an, ob über die geheime und direkte, vielfach auch über die Proporzwahl in großen Städten eine Einigung gelingt, ob sich eine Mehrheit bildet und damit das Erfinden des Weges, von dem Herr v. Dölling mehrfach sprach. Anzüglich unterließ bisher die Regierung die Einlösung des Königstourneurs, weil unter den Parteien noch keine Uebereinstimmung über Ziel und Weg der Neugestaltung herrscht. Wenn nun das Parlament vorangeht, müßte die Regierung folgen. Der Reichstag gab hierfür ein gutes Beispiel. In irgendeiner Form kommt die Frage der Wahlreform unter allen Umständen zur Sprache. Darauf kann der Minister sich verlassen.

Sofia, 29. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach Äußerungen eines bulgarischen Ministers sind alle Gerichte über den Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses zwischen Bulgarien und der Türkei erfunden. Trotzdem ist ein solches Bündnis mit Rücksicht auf die gleichen Interessen beider Staaten in Zukunft wahrscheinlich.

## Ein neuer Orientbluff.

Die Kriege sind aus, die Bluffs beginnen. In Athen und Konstantinopel redet und schreibt man sich in eine absichts-volle Erregung hinein, so daß eine Liebesfrist über die drohenden Hoffnungen und die telegraphischen Kasanandruse aus den letzten Tagen beinahe zu der Belogris von einem neuen Krieges verleben könnten. Die türkische Armee ist bereits durch den westlichen Kanal nach Bulgarien marschiert und greift die griechische Grenze an. In Kleinasien sind gegenüber der Insel Chios türkische Truppen aufgezogen, die nur des Befehls warten, sich auf die Insel zu stürzen. Bulgarien und die Türkei sind handeleins und haben auch schon das griechische Fell untereinander verteilt. Griechenland mobilisiert von neuem. Der König, als Oberbefehlshaber der Armee, begibt sich scheinung nach seiner Hauptstadt. Der Krieg ist unvermeidlich. Wo, wie, was ist geschehen? In Wirklichkeit nichts, als daß Griechenland und die Türkei noch zu keinem Einverständnis über die Einzelheiten eines endgültigen Friedensvertrages gelangt sind. Ein orientalisches Handel geht ohne Earm nicht ab. Beide Parteien überleben sich darin, um Eindruck aufeinander zu machen. Der Spruch „Zeit ist Geld“ gilt für sie nicht. Sie ziehen unter viel Geschrei die Dinge in die Länge. Es ist nicht einzufehen, weshalb die Aufstrebenden dadurch nerös werden sollen.

Jedes Kapitel des von der Niederlage der gesamten Staats-tätigkeit darstellenden Staats reist förmlich zur Vereinerlichung der davon berührten Stoffe. Der Steueretat eröffnet eine weite Perspektive auf das Verhältnis der Reichs- und Landesfinanzen, auf Schuldenfragen, die Herr Dr. Verge zur Ruhe berufen möchte, auf Gehaltsfragen, die nicht zur Ruhe kommen wollen, auf Berücksichtigung der Arbeiter bei der Gehaltsbemessung. Der Landwirtschaftsstatet zielt auf die Verbesserung der Landwirtschaft, auf die Förderung der inneren Kolonisation, des starken Einflußbedarfes an bezahlten Futtermitteln. Bei dem Handels- und Gewerbeetat kann man an den Vorbereitungsarbeiten für den neuen Zolltarif nicht achtlos vorübergehen. Ebenso bieten die übrigen Staats-Gesetze die Gelegenheit zu Reformen und Revolutionen von durchaus bringlichem Charakter.

Auch abgesehen von diesem Hauptproblem der preussischen Reichstagspolitik wird die Initiative der Parteien nach der Neuwahl einen dreifachen Raum beanspruchen. War schon in letzter Zeit die Zahl der Kräfte in der Staats-revolution eine große, so wird sie jetzt noch wachsen. Alle Parteien hegen unerfüllte Wünsche, und der Vorstoß auf der einen Seite veranlaßt den Vorstoß auf der anderen. Die Konventionen wollen die Verfassungsordnung ändern und die in der vorigen Legislaturperiode ungenutzten gesetzlichen Kom-missionsarbeiten vermerken. Zur heftigsten Beleuchtung ihrer Mittelstandsbedürfnisse haben sie, zumal da durch die Praxis des Vorgehens dieses Zweifels aufgenommen sind, Hand-werkzeuge nötig. Das Zentrum will gleichfalls zeigen, wie rührend es für die verschiedensten Klassen der Bevölkerung der Liberalismus in bedeheltem Gefühl fühlt sich verpflichtet, eine ganze Reihe von Anregungen zu geben, die einen Staatsantrag einschließen. Die Sozialdemokratie hat zwar mit ihren zwei Mandaten die erforderliche Zahl noch nicht erreicht, wird sich aber dafür bei der Staatsantrag weiter Verfolg einschließen, für welche schon eine einzige Unterfrucht genügt.

Die Mustfrage, die Auftrage, die Frage der Staats-zugehörigkeit der Bewohner Neugriechenlands bilden zusammen den einen Stein des Anstoßes; die Anleihefrage ist die andere Klippe. Was die ersten drei Punkte anbetrifft, so hat sich die Türkei bereits mit Bulgarien in einem unheimlichen Einverständnis geeinigt; sie wird letzten Endes auch mit Griechenland zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Die Griechen legen von sich selbst aus, daß ihr Staat ein Land voller Glaubens- und Gewissensfreiheit ist. Es ist nur recht und billig, daß auch die Mohammedaner, die an Griechenland fallen, in ihren kirchlichen Einrichtungen nicht behindert werden; die Stellung der Minderheiten in den mohammedanischen Gemeinden ist ein wesentlicher Teil dieser Einrichtungen. Die Griechen werden auch tun, nicht den Schein der Unabständigkeit auf sich zu laden. Die Voraussetzungen der mohammedanischen Kirchengerichte. Die Türkei wünscht, daß diese Güter entweder der mohammedanischen Kirche durch Kapitalisierung abgelöst werden oder unter Verwaltung der obersten Konstantinopeler Kirchenbehörde verbleiben. Auch das ist ein gerechtes Verlangen. Man sollte meinen, daß Griechenland, wo die Güter der orthodoxen toten Hand einen überaus hohen Prozentsatz der befaulden Fläche bilden, solcher Forderung Verständnis entgegenbringt. Nicht minder wäre der Konflikt über die Staatszugehörigkeit nach dem Wiener schiedlicher internationaler Verträge bei einigem Willen nicht schwer beizulegen.

Wie will man dieses gemaltigen Stoffes Herr werden? In der Budgetkommission gelingt es vielleicht einem sehr energischen Vorsitzenden — ein Nachfolger für Herrn v. Arnim wird noch gesucht — die Debatten rechtzeitig zu beenden. Sein Prinzip ist dann nicht: gründlich prüfen, sondern fertig werden um jeden Preis, auch um den Preis der Gesundheit. Unter Herrn v. Arnim dauerten die Sitzungen der Budget-kommission nicht selten bis gegen Mitternacht. Die Linke war bisher in dieser Kommission auffallend schwach vertreten. Die fortschrittliche Volkspartei dürfte nur ein einziges Mitglied entsenden. Das wird sich jetzt hoffentlich ändern. Aber selbst wenn sich der Viermillionen-Etat durch die Kommission beizugehen läßt, im Plenum sind ganz andere Widerstände zu überwinden.

Zur Entfaltung all dieser Tätigkeit gehört Zeit. Soll die Parlamentsmaschine ihren ruhigen Gang erhalten, so darf sie nicht überhitzt und die Resonanz nicht zu hoch gesteigert werden. Wenn das Staatsministerium trotz alledem die Frist so knapp bemisst, so will es offenbar erst durch Schaden klug werden. Mit den kurzen Parlamentarischen perioden ist es für absehbare Zeit zu Ende. Das erneuerte Tätigkeitsgebiet der Volkstretung, die wachsende Anteilnahme des Volkes am öffentlichen Leben bedingt eine Ver-längerung der Sessionsdauer. Dieser Forderung werden sich die Minister, so unheimlich sie ihnen kein mag, schließlich fügen müssen.

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.

Man wird es sich nicht wieder gefallen lassen, daß die Etats-resolutionen zurückgestellt werden, im Jahre überhaupt unter den Tisch zu fallen. Das Verprechen der Nachbehandlung ist mehr als einmal un-erfüllt geblieben. Was zum Etat gehört, muß beim Etat be-sprochen werden. Im vorigen Jahre nahmen die Parteien der Linken Rücksicht auf die Landtagswahl, für die doch wenigstens eine Vorbereitungszeit von vierzehn Tagen übrig bleiben mußte. Dieser Grund fällt nunmehr weg, und die Entscheidung haben lediglich die in der Sache selbst liegenden Motive zu geben.

## Der türkisch-bulgarische Friedensschluß.

Konstantinopel, 29. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der türkisch-bulgarische Friedensvertrag wurde gegen 6 Uhr unterzeichnet. Die Unter-schreibung nahm etwa zwei Stunden in Anspruch, da 36 Unter-schriebenen jedes Delegierten erforderlich waren. Nach der Unter-schreibung gaben der Großvezir und Camioo ihrer Vergewun-nung über das Ergebnis Ausdruck und äußerten die Hoffnung, daß der Friede von Dauer sein werde. Bemerkenswerterweise fehlt im Vertrage, daß die Fronte der Bulgarische Herrschaft-treue in der Unterzeichnung unter die bulgarische Herrschaft empfehlen wird, sowie daß die Bulgaren Moskau zurückzugeben haben, die sie ungenügend zu stärken eingerichtet haben.

Wiesbaden, 29. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Von unterzeichneter Seite wird mitgeteilt, der König von Griechenland hat seine Absicht, nach Wien zu kommen, aufgegeben. Er reist morgen von England ab und begibt sich wegen der türkisch-griechischen Schwierigkeiten direkt über Triest nach Athen, wo er am Sonnabend eintrifft. Das griechische Hauptquartier, das nach dem Kriege aufgelöst wurde, ist durch Urlaub vom griechischen Kriege von neuem eingerichtet worden. Die griechische Regierung hat alle in der unteren Donau befindlichen griechischen Handels-säfte aufgefördert, sofort nach Griechenland zurückzukehren, damit sie die Dardanellen noch vor einer etwaigen Spernung passieren können. Alle deutschen Generale und Offiziere werden ein-berufen, gleichwie sämtliche bereits entlassenen Truppen (Säer-truppen).

Die Regierung sucht den späten Beginn der Session damit zu begründen, daß der Arbeitsstoff kein besonders umfang-reiches sei. Auch im Reichstag will sie sich in der Produktion von Gesetzentwürfen für die nächste Zeit eine gewisse Jurid-ikation aufzulegen. Für einige Votagen wäre das kein Un-gemüß. So sieht der entscheidende Liberalismus dem von dem Dismarckverein förmlich geforderten Vorzettelungsbeschlusses mit großen Zweifeln entgegen. Aber erstens fragt es sich, ob die Selbstbeschränkung durchzuführen ist. Gegen Ende der Session brechen lange zurückgehaltene Entwürfe leicht noch vor. Und zweitens hoffen die zur Vorlegung bestimmten Pro-

Wien, 29. September. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Von unterzeichneter Seite wird mitgeteilt, der König von Griechenland hat seine Absicht, nach Wien zu kommen, aufgegeben. Er reist morgen von England ab und begibt sich wegen der türkisch-griechischen Schwierigkeiten direkt über Triest nach Athen, wo er am Sonnabend eintrifft. Das griechische Hauptquartier, das nach dem Kriege aufgelöst wurde, ist durch Urlaub vom griechischen Kriege von neuem eingerichtet worden. Die griechische Regierung hat alle in der unteren Donau befindlichen griechischen Handels-säfte aufgefördert, sofort nach Griechenland zurückzukehren, damit sie die Dardanellen noch vor einer etwaigen Spernung passieren können. Alle deutschen Generale und Offiziere werden ein-berufen, gleichwie sämtliche bereits entlassenen Truppen (Säer-truppen).

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.

Die Regierung sucht den späten Beginn der Session damit zu begründen, daß der Arbeitsstoff kein besonders umfang-reiches sei. Auch im Reichstag will sie sich in der Produktion von Gesetzentwürfen für die nächste Zeit eine gewisse Jurid-ikation aufzulegen. Für einige Votagen wäre das kein Un-gemüß. So sieht der entscheidende Liberalismus dem von dem Dismarckverein förmlich geforderten Vorzettelungsbeschlusses mit großen Zweifeln entgegen. Aber erstens fragt es sich, ob die Selbstbeschränkung durchzuführen ist. Gegen Ende der Session brechen lange zurückgehaltene Entwürfe leicht noch vor. Und zweitens hoffen die zur Vorlegung bestimmten Pro-

Man wird es sich nicht wieder gefallen lassen, daß die Etats-resolutionen zurückgestellt werden, im Jahre überhaupt unter den Tisch zu fallen. Das Verprechen der Nachbehandlung ist mehr als einmal un-erfüllt geblieben. Was zum Etat gehört, muß beim Etat be-sprochen werden. Im vorigen Jahre nahmen die Parteien der Linken Rücksicht auf die Landtagswahl, für die doch wenigstens eine Vorbereitungszeit von vierzehn Tagen übrig bleiben mußte. Dieser Grund fällt nunmehr weg, und die Entscheidung haben lediglich die in der Sache selbst liegenden Motive zu geben.

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.

Man wird es sich nicht wieder gefallen lassen, daß die Etats-resolutionen zurückgestellt werden, im Jahre überhaupt unter den Tisch zu fallen. Das Verprechen der Nachbehandlung ist mehr als einmal un-erfüllt geblieben. Was zum Etat gehört, muß beim Etat be-sprochen werden. Im vorigen Jahre nahmen die Parteien der Linken Rücksicht auf die Landtagswahl, für die doch wenigstens eine Vorbereitungszeit von vierzehn Tagen übrig bleiben mußte. Dieser Grund fällt nunmehr weg, und die Entscheidung haben lediglich die in der Sache selbst liegenden Motive zu geben.

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.

Man wird es auch in Preußen lernen, den Etat bereits zu Anfang Dezesemter zu einbringen, trotz aller Einwände, die der jetzige Finanzminister dagegen erhebt. Der im No-venber einberufende Landtag kann dann in die erste Sitzung des Etats und anderer wichtiger Gesetz noch vor Weihnachten eintreten, so daß nachher der genügende Spielraum für die parlamentarische Arbeit bleibt.